

Vorstösse betreffend Littering im Eidgenössischen Parlament seit 2005

Einreichungs-datum	Vorstoss	Nr.	Eingereicht von	Politische Partei	Eingereicht im	Voroststitel	Stichworte Inhalt	Mitunterzeichnende mit eigenen Littering-Vorstössen	Resultat im Parlament	Begründung Resultat durch Bundesrat, Kommissionen	Stand der Beratungen
21.03.2014	Interpellation	14.3261	Gmür Alois	CVP	Nationalrat	Aluminium. Verwertungsquote	Wie werden die gesamthaft in der Schweiz konsumierten Aluminium-Getränkeverpackungen erfasst?	Semadeni Silva Vogler Karl	Stellungnahme des Bundesrates vom 14.05.2014. 18.03.2016: Abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig.	Erläuterungen zur Erfassung der Verwertungsquote.	Erledigt
20.06.2013	Anfrage	13.1042	Gutzwiller Felix	FDP	Ständerat	Verstärkung des Gewässerschutzes im Bahnbereich	Fragen betreffend Gefährdung des Meteorwassers durch Wegwerfen von Resten von Raucherwaren im Gleisbettbereich der Bahnen.	-	Antwort des Bundesrates vom 21.08.2013.	Das Rauchen auf Bahnsteigen und das daraus allenfalls entstehende Littering von Raucherwaren auf Bahnsteigen stellt in der Regel keine konkrete Gefahr für die Gewässer dar.	Erledigt
21.03.2013	Parlamentarische Initiative	13.413	Bourgeois Jacques	FDP	Nationalrat	Verstärkung der Massnahmen gegen das Liegenlassen von Abfällen (Littering)	Das Umweltschutzgesetz ist so zu ändern, dass Personen, die Abfälle liegenlassen statt die dafür vorgesehenen Behälter zu verwenden, gesamtschweizerisch einheitlich gebüsst werden können.	-	16.06.2016: Nichteintreten.	Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates stellt fest, dass die Vorlage grundsätzlich einem Bedürfnis entspricht und sie insbesondere von der Kantonsmehrheit, die eine Harmonisierung auf Bundesebene wünscht, begrüsst wird.	Erledigt
21.03.2013	Motion	13.3225	Semadeni Silva	SP	Nationalrat	Höhere Verwertungsquote bei PET-Flaschen	Verordnung über Getränkeverpackungen in dem Sinn ändern, dass die Verwertungsquote bei Glas, PET und Aluminium je mindestens 90 Prozent beträgt. Ansonsten ist eine Pfandlösung vorzuziehen.	Gmür Alois	29.05.2013: BR Antrag Ablehnung. 12.03.2015: Nationalrat Ablehnung.	Die Getränkebranche ist sich des Littering-Problems bewusst und hat dazu die Organisation IGSU gegründet. Die Rücklaufquote ist in der Schweiz hoch. Gemäss BR kann die Rücklaufquote weiterhin erhöht werden, aber ohne diese heraufzusetzen. Eine Pfand Einführung erachtet der BR insbesondere wegen des schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnisses als keine erfolgsversprechende Massnahme gegen das Littering. Die Erhöhung der Rücklaufquote soll weiterhin von der Branche selbst durch geeignete Massnahmen angestrebt werden.	Erledigt
07.03.2013	Motion	13.3056	Bruderer Wyss Pascale	SP	Ständerat	Schaffung einer Rechtsgrundlage für Litteringabgaben	Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage, damit durch die Kantone und Gemeinden Litteringabgaben bzw. -gebühren erhoben werden können. Entwicklung einer Grundlage für Litteringabgaben bzw. -gebühren.	Fetz Anita	01.05.2013: BR Antrag Ablehnung. 13.06.2013: Zurückgezogen.	Bundesgericht hat bestätigt, dass die Rechtsgrundlage für eine entsprechende Litteringgebühr bereits ausreichend gegeben ist. Betreffend Gebührenregelung wird auf die Revision der Abfallgebühren-Richtlinie verwiesen.	Erledigt

Vorstösse betreffend Littering im Eidgenössischen Parlament seit 2005

Einreichungs-datum	Vorstoss	Nr.	Eingereicht von	Politische Partei	Eingereicht im	Vorstitel	Stichworte Inhalt	Mitunterzeichnende mit eigenen Littering-Vorstössen	Resultat im Parlament	Begründung Resultat durch Bundesrat, Kommissionen	Stand der Beratungen
27.09.2012	Parlamentarische Initiative	12.478	Gmür Alois	CVP	Nationalrat	Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen	Schaffung von Rechtsgrundlagen, damit auf allen Getränkeflaschen und Getränkedosen ein Pfand erhoben wird.	Geissbühler Andrea Martina	17.04.2013: Nationalrat: Der Initiative wird keine Folge gegeben.	Eine solche Einführung eines parallelen Systems wäre mit hohen Einführungskosten verbunden und könnte das bestehende System schwächen. Die Kommission Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats stellt sich auch die Frage der Funktionstüchtigkeit des Pfandsystems, denn dieses hat seinen Effekt nur, solange Sammelstellen im Moment der Konsumation offen und in der Nähe sind.	Erledigt
20.09.2012	Motion	12.3756	Vogler Karl	CVP	Nationalrat	Nächtliches Alkoholverbot im öffentlichen Verkehr	Verbot der Konsumation von Alkohol ab 21 Uhr bis 8 Uhr in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs, um u.a. dem Littering und der Verschmutzung von öffentlichem bzw. quasiöffentlichem Raum Einhalt zu gebieten.	Geissbühler Andrea Martina	14.11.2012: BR Antrag Ablehnung. 17.03.2014: Nationalrat Ablehnung.	Das Problem in den Zügen sind in der Regel diejenigen Passagiere, die bereits angetrunken die Verkehrsmittel besteigen.	Erledigt
06.06.2012	Fragestunde. Frage	12.5258	Aebi Andreas	SVP	Nationalrat	Weggeworfener Abfall. Bedrohung für Tiere.	Wie beurteilt der BR die Gefahr? Gibt es eine Zunahme von Littering? Was gedenkt er gegen die Gefährdung der Tiere durch Littering zu tun?	-	Beantwortung durch Bundesrätin Doris Leuthard.	Littering ist primär Sache der Gemeinden und der Kantone, nicht des Bundes.	Erledigt
29.09.2011	Motion	11.3944	Geissbühler Andrea Martina	SVP	Nationalrat	Bekämpfung des Litterings	Nationale Stopp-Littering-Kampagne in den Bereichen Prävention, Sensibilisierung, Symptombekämpfung und Repression.	-	23.11.2011: BR Antrag Ablehnung. 17.09.2013: Nationalrat Annahme. 04.06.2014: Ständerat Ablehnung.	Das Problem muss in enger Zusammenarbeit von Gemeinden, Kantonen, lokaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft lokal gelöst werden. Das BAFU nimmt koordinierende Rolle wahr mit rundem Tisch "Massnahmen gegen das Littering". Privatwirtschaft hat mit IGSU Plattform im Kampf gegen das Littering geschaffen. Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen beibehalten.	Erledigt
12.06.2008	Motion	08.3349	Aebi Andreas	SVP	Nationalrat	Verschärfte Strafbestimmungen für Littering	Gesetzgebung soll vorgelegt werden, die das achtlose Wegwerfen oder illegale Entsorgen von Abfällen (Littering) viel härter bestraft und effizienter verhindert, als dies heute der Fall ist.	Geissbühler Andrea Martina	27.08.2008: BR Antrag Ablehnung. 03.10.2008: Nationalrat Ablehnung.	Für die Lösung des Littering-Problems sind primär die Kantone und Gemeinden zuständig. Der Bundesrat anerkennt aber den Koordinationsbedarf und das BAFU hat deshalb zu einem runden Tisch zum Thema Littering eingeladen. Sollten sich dort keine praktikablen, einvernehmlichen Lösungen finden lassen, so wird der Bundesrat die Einführung von vorgezogenen Entsorgungsgebühren für bisher nicht erfasste Littering-Gegenstände erwägen.	Erledigt

Vorstösse betreffend Littering im Eidgenössischen Parlament seit 2005

Einreichungs-datum	Vorstoss	Nr.	Eingereicht von	Politische Partei	Eingereicht im	Vorstitel	Stichworte Inhalt	Mitunterzeichnende mit eigenen Littering-Vorstössen	Resultat im Parlament	Begründung Resultat durch Bundesrat, Kommissionen	Stand der Beratungen
02.06.2008	Fragestunde. Frage	08.5143	van Singer Christian	Grüne Partei	Nationalrat	Gratiszeitungen. Verleger zum Recycling bewegen	Beim Problem der Verunreinigung von Stadtzentren, Bahnhöfen, öffentlichen Verkehrsmitteln usw. durch Gratiszeitungen handelt es sich um ein nationales Problem, das auf Landesebene angegangen werden muss.		Antwort des Bundesrates vom 02.06.2008.	Sollte sich am runden Tisch zum Thema "Littering durch Gratiszeitungen", zu dem das BAFU im September 2008 eingeladen hat, keine praktikable, einvernehmliche Lösung finden lassen, so wird das BAFU die Einführung einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Gratiszeitungen vorbereiten.	Erledigt
22.06.2007	Parlamentarische Initiative	07.449	Rechsteiner Rudolf	SP	Nationalrat	Massnahmen gegen Littering	Gesetzesänderung betreffend obligatorisches Pfand für z.B. Dosen, Pfandpflicht für Essensbehältnisse, Kostendeckung Littering durch mittelbare Verursacher, Littering-Bussen im Ordnungsbussengesetz.	-	24.09.2008: Nationalrat: Der Initiative wird keine Folge gegeben	Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates erachtet Littering als Problem der Städte und einzelner Gemeinden und eine gesamtschweizerische Lösung deshalb als nicht gerechtfertigt.	Erledigt
18.06.2007	Motion	07.3342	Fetz Anita	SP	Ständerat	Schluss mit Littering	Der Bundesrat wird beauftragt, eine schweizerische Gesamtstrategie gegen achtlos liegen gelassene Abfälle auszuarbeiten, die Verwertungsquote von überdurchschnittlich stark gelitterten Einweg-Getränkeverpackungen zu erhöhen sowie eine Strafbewehrung (z.B. Arbeitseinsätze Strafputzen) vorzusehen.	-	12.09.2007: BR Antrag Ablehnung. 04.10.2007: Ständerat Ablehnung.	Für die Lösung des Littering-Problems sind primär die Kantone und Gemeinden zuständig. Der BR will an der bewährten Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie am Subsidiaritätsprinzip im Bereich der Abfallentsorgung festhalten. Er anerkennt aber den Koordinationsbedarf und ist bereit, in enger Zusammenarbeit mit Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft eine Strategie zur Bekämpfung des Litterings auszuarbeiten.	Erledigt
03.03.2005	Interpellation	05.3042	Haller Vannini Ursula	BDP	Nationalrat	Trittbrettfahrer gefährden das freiwillige Recycling	Was gedenkt der BR zu tun, um das heutige System des Rücklaufs beim PET- und Alu-Recycling zu optimieren und die Trittbrettfahrer in die Verantwortung zu nehmen?	-	Stellungnahme des Bundesrates vom 04.05.2005.	Wird die Rücklaufquote von 75% unterschritten, kann ein Pfand eingeführt werden. Finanzierung könnte durch festgelegte vorgezogene Entsorgungsgebühren gesichert werden.	Erledigt

14. Juli 2016

www.stopplitteringschweiz.ch
www.umfeldschutz.ch

Christine Gross, Kirchlindach